



Berlin, 29.04.2016



Liebe Leserinnen und Leser,

gute Nachrichten aus dem gesundheitspolitischen Bereich: Nach jahrelanger Diskussion fand am Donnerstag die erste Lesung des Gesetzesentwurfs zur Errichtung eines Transplantationsregisters statt. Über 10 000 Patientinnen und Patienten warten hierzulande auf ein lebensrettendes Organ, die Zahl der Organspender stagniert nach den Transplantationskandalen in deutschen Krankenhäusern. Das Transplantationsregister wird erstmals die Daten von verstorbenen Organspendern, Organempfängern und Lebendspendern zusammenführen und miteinander verknüpfen. Dies geschieht natürlich unter Berücksichtigung des Schutzes der hochsensiblen Patientendaten. So schaffen wir eine verlässliche Datengrundlage von der Organentnahme bis hin zur Nachsorge nach einer Transplantation. Meine Redebeitrag zum Thema finden Sie im Internet (<http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/18/18167.pdf>, S. 16537)

1

Am Donnerstag haben zudem zwei Anträge aus dem Oppositionslager, in denen ein Verbot von Fracking gefordert wurde, für Hektik im Bundestag gesorgt. Ich habe den Anträgen nicht zugestimmt, da die Regierungsparteien bereits seit geraumer Zeit an einem Gesetzesentwurf zum Thema Fracking arbeiten, der deutlich elaborierter und weitergehender ist als die Anträge von Grünen und Linken.

Wir setzen nunmehr auf die Einigungsfähigkeit innerhalb der Großen Koalition und erwarten vom Koalitionspartner, das vereinbarte Regelungspaket zügig mit uns zusammen umzusetzen. Wir fordern, dass außer den Kernzonen der Wasserschutzgebiete auch die Oberflächengewässer und das Wasser für Lebensmittel und Mineralquellen geschützt werden. Meine vollständige persönliche Erklärung zu meinem Abstimmungsverhalten finden Sie ebenfalls im Netz (s.o., S. 16503).

Eine informative Lektüre wünscht nun
Ihre

Sabine Dittmar, MdB

IN DIESER AUSGABE:

FOTO DER WOCHE	Seite 2
GESUNDHEIT	Seite 2
VERANSTALTUNG	Seite 3
RECHTSPOLITIK	Seite 5
UMWELT	Seite 6
ENERGIE	Seite 7
KOALITION	Seite 8



FOTO DER WOCHE



2

In der Wahlkreiswoche hatte ich meinen Kollegen Prof. Dr. Lars Castellucci (2. v.r.) zu Gast. Wir besuchten unter anderem ein Wohnheim für unbegleitete Jugendliche in Bad Brückenau. Die zehn Jungen im Alten zwischen 15 und 17 Jahren stammen aus Afghanistan, Syrien und dem Iran. Sie berichteten von ihrem schwierigen Weg, aber auch von ihren Hoffnungen. Einer der Jungs möchte Kinderarzt werden, ein anderer ins Hotelfach gehen. Im Wohnheim herrschte eine sehr angenehme und freundliche Atmosphäre. Besonders gefreut habe ich mich über die Darbietung eines syrischen Volksliedes auf der Gitarre.

GESUNDHEIT

Zentrales Transplantationsregister einführen

Der Bundestag hat am Donnerstag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Errichtung eines Transplantationsregisters (Drs. 18/8209) in 1. Lesung beraten. Damit soll die Organspendepraxis in Deutschland transparenter werden.

Derzeit werden die Daten zur Transplantationsmedizin dezentral und nach unterschiedlichen Vorgaben gespeichert. Mit dem Transplantationsregister sollen erstmals in Deutschland Daten von verstorbenen Organspendern, Organempfängern und Lebendspendern bundesweit zentral zusammengefasst und miteinander verknüpft werden. Das Register soll langfristig auch dazu beitragen, die Kriterien für die Wartelisten und die Verteilung von Spenderorganen weiterzuentwickeln. Denn es soll fundierte Informationen darüber liefern, zu welchem Organempfänger ein Spenderorgan am besten passt.



Die Daten der Organempfänger und der lebenden Organspender werden nur mit ihrer ausdrücklichen Einwilligung an das Transplantationsregister übermittelt, das unter der Aufsicht der Bundesbeauftragten für den Datenschutz stehen soll.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Selbstverwaltungspartner (GKV-Spitzenverband, Deutsche Krankenhausgesellschaft und Bundesärztekammer) geeignete Stellen mit der Errichtung und dem Betrieb einer Transplantationsregisterstelle sowie einer unabhängigen Vertrauensstelle für die Pseudonymisierung personenbezogener Daten vertraglich beauftragen.

Die transplantationsmedizinischen Daten sollen an das Transplantationsregister auf der Grundlage eines bundesweit einheitlichen Datensatzes übermittelt werden. Dieser wird parallel zum Gesetzgebungsverfahren erarbeitet. Im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit hat das Robert Koch-Institut (RKI) dazu eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der Expertinnen und Experten aller maßgeblichen Institutionen vertreten sind.

3

Das Wichtigste zusammengefasst: Mit einem zentralen Transplantationsregister wird mehr Transparenz in der Transplantationsmedizin geschaffen. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und der strenge Schutz der sensiblen Patientendaten haben oberste Priorität.

VERANSTALTUNG

Sicherheitskonferenz der SPD-Fraktion

Angst und Unsicherheiten haben in der Bevölkerung zugenommen. Was kann man dagegen tun? Die SPD-Fraktion diskutierte dazu am Mittwoch mit Vertretern von Polizeien, THW, Feuerwehren und Sicherheitsexperten.

Es ist ein Paradoxon: Obwohl Deutschlands Kriminalstatistiken zeigen, dass das Land immer sicherer wird, steigt das Unsicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Und das, obwohl die Zahl der Gewaltdelikte objektiv gesunken ist. Mit diesem scheinbaren Widerspruch eröffnete SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann eine große Konferenz seiner Fraktion zur öffentlichen Sicherheit in Deutschland. Geladen waren rund 300 Angehörige der Polizeien, des Technischen Hilfswerks, der Feuerwehren und Hilfsorganisationen.

Die Garantie für öffentliche Sicherheit ist für die SPD-Bundestagsfraktion ein gesellschaftliches Kernthema. Öffentliche Sicherheit reicht dabei von der Prävention bis zur Strafverfolgung, von der Katastrophenvorsorge bis zur Hilfeleistung im akuten Notfall. Auf der Sicherheitskonferenz ging es also um die Fragen: Wie lässt sich Unsicherheiten und Ängsten in der Bevölkerung entgegenwirken? Wie kann man jeden einzelnen besser vor Kriminalität, Gewalt und deren Ursachen schützen?

Oppermann lobte die Arbeit der Sicherheitsbehörden und ging auch auf den Wechsel an der Spitze des Bundesnachrichtendienstes ein. Das Kanzleramt hatte am Morgen verkündet, dass der bisherige Chef Gerhard Schindler abgelöst werde und der Posten ab Juli von Bruno Kahl, bis dato Abteilungsleiter im Bundesfinanzministerium, übernommen werden soll.

Oppermann: "Der Wechsel an der Spitze kann eine Chance für den Neuanfang nach Snowden (ein Whistleblower) sein. Voraussetzung ist, dass das Kanzleramt ab sofort mit voller Kraft die notwendigen Reformen der Nachrichtendienste unterstützt. Der personelle Neuanfang muss auch ein inhaltlicher Neuanfang werden." Auch der BND sei für die innere Sicherheit zuständig, wenngleich er ein Auslandsgeheimdienst ist.

Drei Gründe gibt es laut Oppermann für das gesunkene Sicherheitsgefühl der Menschen:

1. die steigende Zahl rechtsextremer Übergriffe
2. die Furcht vor Alltagskriminalität wie Einbruch und
3. die Angst vor Terroranschlägen.



Oppermann unterschied die Motivationen verschiedener terroristischer Gruppierungen. Während es die RAF auf Repräsentanten des ihr verhassten Staates absah, ging es al Qaida um Angriffe auf Symbole. Die Attacke auf Charlie Hebdo galt demnach der Pressefreiheit, wohingegen die Anschläge in Paris und Brüssel es auf den Alltag der Menschen anlegten.

Der Fraktionsvorsitzende betonte, dass die Koalition bereits wichtige Schritte nach dem Anschlag auf Charlie Hebdo unternommen habe, etwa die Strafbarkeit von Reisen in Terrorcamps oder den Personalausweisentzug bei Terrorverdächtigen. Oppermann: "Das zeigt, wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen ernst. Wir müssen aber weiterhin einen kühlen Kopf bewahren."

Diskussion in zwei Panels

Im Anschluss diskutierten geladene Gäste in zwei Panels. Die erste Talkrunde moderierte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Eva Högl. Ihre Diskutanten kamen aus dem Bereich Sicherheit: Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamtes, Bernd Palenda, Abteilungsleiter Verfassungsschutz in der Berliner Innenbehörde, Oliver Malchow, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, und Rita Haverkamp, Wissenschaftlerin an der Uni Tübingen. Högl legte den Fokus ihrer Gesprächsrunde somit auf die Sicherheit in Deutschland.

Holger Münch warnte: "Wir müssen deutlich mehr in Sachen Terrorismusbekämpfung machen. Wir brauchen ein Mehr an internationalen Strategien, Standards und Koordination. Deutschland muss über den lokalen Bereich hinwegsehen." Oliver Malchow von der Polizeigewerkschaft ergänzte: „Wir haben in den Kernbereichen der Kriminalität einen Abbau an Personal oder zumindest keinen Ausgleich von Personal. Die Probleme haben nichts mit Terror oder Flüchtlingen zu tun, sondern sind noch oben drauf gekommen.“ Rita Haverkamp sagte: „Im Wohnungseinbruch müssen wir mehr wissen um die Aufklärungsquote zu steigern. Wir wissen oft nicht: Was sind das für Menschen die solche Straftaten begehen? Die Polizei ist der Akteur für Kriminalprävention“. Bernd Palenda stellte klar: „Neben der polizeilichen Arbeit muss auch eine schnelle und funktionierende Justiz gewährleistet werden – auf Tat folgt Strafe. Die Justiz darf in Deutschland nicht ausgegrenzt werden.“ Palenda erklärte, worauf es beim Verfassungsschutz ankommt: „Aufklären und Handeln ist der Hauptzweck des Verfassungsschutzes. Demokratie ist kein Geschenk, sie ist harte Arbeit. Notwendig ist eine aktive Politik. Sie dient dem Funktionieren des Verfassungsschutzes.“

Auch die darauffolgende Gesprächsrunde war hochkarätig besetzt. Die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin Christine Lambrecht leitete die Diskussion zum Thema Handlungsfelder für den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz. Ihre Mitstreiter waren Rolf-Erich Rehm, Kreisbrandmeister Deutscher Feuerwehrverband, Gerd Friedsam, Vizepräsident des Technischen Hilfswerkes, Ralf Jäger (SPD), Nordrhein-Westfälischer Innenminister, Volkmar Schön, Vizepräsident des Deutschen Roten Kreuzes, und Christoph Unger, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz.

Ralf Jäger machte darauf aufmerksam, dass „die Trennung zwischen Zivilschutz im Verteidigungsfall und Katastrophenschutz im Katastrophenfall überholt“ sei. Gerd Friedsam mahnte: „Explosionen, Überschwemmungen – für diese Szenarien sind wir gewappnet. Durch Cybergefahren können jedoch auch wichtige Infrastrukturen, wie die Bereitstellung von Trinkwasser oder Strom, ausfallen.“ Volkmar Schön bestätigte: „Ausbaufähig ist die Durchführbarkeit von zivilem Katastrophenschutz.“ Rolf-Erich Rehm meint: „Cyberattacken werden zunehmend Thema im Hinblick auf die Leitstellen.“ Christoph Unger machte positiv deutlich: „Wir haben in den letzten Jahren viel gelernt und ein gutes Netz für den Katastrophenschutz aufgebaut.“

Burkhard Lischka, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hielt das Schlusswort. Er machte deutlich, dass die Politik vor Herausforderungen stehe, "die sich am Anfang der Legislaturperiode so noch gar nicht abgezeichnet haben." Für Lischka ist ganz klar: „Sicherheit- und Polizeibehörden müssen so ausgestattet werden, personell und technisch, dass sie ihre Arbeit vernünftig machen können. Der Anti-Terror-Kampf ist eine Aufgabe gut ausgebildeter Polizistinnen und Polizisten, aber nicht jeder, der eine Waffe in der Hand halten kann, eignet sich auch für den Anti-Terror-Kampf.“ Zwingend ist für Lischka, dass die Politik sich Gedanken machen muss, "wie wir die Zusammenarbeit der Polizeibehörden des Bundes und der Länder und auch international verbessern.“



Das Wichtigste zusammengefasst: Auf einer „Sicherheitskonferenz“ diskutierten Abgeordnete mit Vertretern von Polizeien, THW, Feuerwehren und mit Experten über das Thema öffentliche Sicherheit in Deutschland. Für die SPD-Fraktion gehört das Thema zu ihren Kernanliegen.

RECHTSPOLITIK

Paragraph „Majestätsbeleidigung“ abschaffen

Das Strafverlangen der türkischen Regierung gegen den Satiriker Jan Böhmermann hat in Deutschland eine längst überfällige Diskussion über die Abschaffung des Straftatbestandes des Paragraphen 103 Strafgesetzbuch (StGB, „Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten“) ausgelöst.

Strafverfolgung von Satire wegen „Majestätsbeleidigung“ passt nicht in eine moderne Demokratie. Deshalb war es richtig, dass sich die Ministerinnen und Minister der SPD im Kabinett gegen die Ermächtigung zur Strafverfolgung nach Paragraph 103 StGB ausgesprochen haben.

Die SPD-Fraktion will den Paragraphen 103 mit sofortiger Wirkung und nicht erst ab 2018 abschaffen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat die SPD-Fraktion am Dienstag vorgelegt. Ungeachtet dessen blicken die Sozialdemokraten mit Sorge auf die zunehmende Beschränkung der Pressefreiheit und der Freiheit von Kulturschaffenden in der Türkei selbst. So sehr die SPD-Fraktion an einer gedeihlichen Zusammenarbeit mit der Türkei interessiert ist, so sehr gilt, dass es keinen Rabatt in der Frage der Menschenrechte geben darf.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann betont: "Es gibt in der SPD-Fraktion eine große Zustimmung, diesen Paragraphen ersatzlos zu streichen." Die Union habe dazu noch Beratungsbedarf, die SPD-Fraktion sei bereit, ihren Gesetzentwurf sofort zu beschließen.

Eva Högl, SPD-Fraktionsvizechefin: „Wir brauchen in Deutschland kein Sonderstrafrecht. Und genau deswegen wollen wir diesen Paragraphen sofort abschaffen und damit nicht bis 2018 warten.“

Das Wichtigste zusammengefasst: Strafverfolgung von Satire wegen „Majestätsbeleidigung“ passt nicht in eine moderne Demokratie. Die SPD-Fraktion will deshalb den Paragraphen 103 Strafgesetzbuch („Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten“) ersatzlos streichen. Dazu hat sie diese Woche einen Gesetzentwurf vorgelegt.

Recht auf sexuelle Selbstbestimmung schützen

Im geltenden Recht finden sich nach wie vor Handlungen, die die sexuelle Selbstbestimmung von Opfern verletzen und strafwürdig sind, jedoch nicht vom Sexualstrafrecht erfasst werden. Solche Strafbarkeitslücken, die im Zusammenhang mit sexueller Nötigung und Vergewaltigung stehen, will die Koalition mit einem Gesetzentwurf schließen.

Es gibt Situationen, in denen die Voraussetzungen des Paragraphen 177 Strafgesetzbuch (StGB, sexuelle Nötigung, Vergewaltigung) nicht vorliegen, die aber dennoch in strafwürdiger Weise für sexuelle Handlungen ausgenutzt werden. Das ist der Fall, wenn das Opfer aufgrund der überraschenden Handlungen des Täters keinen Widerstand leisten kann oder wenn das Opfer nur aus Furcht von Widerstand absieht. Dieses Verhalten kann nach geltender Rechtslage auch von anderen Vorschriften, wie zum Beispiel dem Straftatbestand der Nötigung oder der Beleidigung, nur unter bestimmten Voraussetzungen bestraft werden, die in den genannten Fällen jedoch häufig nicht gegeben sind. Die heutige Rechtslage ist diesbezüglich eindeutig ungenügend. Die Koalition will diesen Missstand zeitnah beseitigen.

Der Gesetzentwurf, über den am Donnerstag in 1. Lesung beraten wurde (Drs. 18/8210), sieht daher neue Straftatbestände vor, mit denen sexueller Missbrauch unter Strafe gestellt wird. Unter der neuen Überschrift „Sexueller Missbrauch unter Ausnutzung besonderer Umstände“ macht sich zukünftig nach Paragraph 179 Absatz 1 StGB-E strafbar, wer unter Ausnutzung einer Lage, in der eine andere Person



- aufgrund ihres körperlichen oder psychischen Zustands zum Widerstand unfähig ist,
- aufgrund der überraschenden Begehung der Tat zum Widerstand unfähig ist oder
- im Fall ihres Widerstandes ein empfindliches Übel befürchtet,

sexuelle Handlungen an dieser Person vornimmt.

Auf diese Weise sollen insbesondere Frauen – aber auch Männer – besser als bislang vor sexuellen Übergriffen geschützt werden. Die Koalition schließt die Lücken in den aus Sicht der Praxis relevanten Fällen.

SPD-Fraktionsvize Carola Reimann hat sich für Ergänzungen an dem Gesetzentwurf ausgesprochen. Geklärt werden müsse vor allem, wie der Grundsatz „Nein heißt Nein“ umgesetzt werden könne. Zudem müsse für sexuelle Belästigung endlich ein Straftatbestand geschaffen werden, forderte Reimann. „Das werden wir als eigenen Paragraphen noch hinzufügen müssen“, sagte sie. Sexuelle Belästigung etwa am Arbeitsplatz sei ein großes Problem.

Schutz von Menschen mit Behinderung

Auch in Bezug auf den Schutz von Opfern mit Behinderung wird eingegangen. Der Gesetz-entwurf benennt nämlich erstmals konkrete besonders schwere Fälle, bei deren Vorliegen die Mindestfreiheitsstrafe ein Jahr beträgt. Ein besonders schwerer Fall liegt unter anderem dann vor, wenn der Täter die Widerstandsunfähigkeit ausnutzt, die auf einer Behinderung des Opfers beruht.

Mithilfe des Gesetzentwurfes wird die Bundesregierung zudem auch dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, der sogenannten Istanbul-Konvention noch besser gerecht, nach der die Strafbarkeit nicht von einer Gegenwehr des Opfers abhängen darf.

Das Wichtigste zusammengefasst: Mit dem Gesetzentwurf sollen Strafbarkeitslücken, die im Zusammenhang mit der sexuellen Nötigung und der Vergewaltigung offenbar geworden sind, geschlossen werden. Zukünftig soll sich strafbar machen, wer die Widerstandsunfähigkeit des Opfers ausnutzt, wer überraschend sexuelle Handlungen an dem Opfer vornimmt oder wer den Umstand ausnutzt, dass das Opfer ein empfindliches Übel befürchtet.

UMWELT

Tschernobyl und Fukushima mahnen

In Erinnerung an die Reaktorkatstrophen von Tschernobyl vor 30 Jahren und von Fukushima vor fünf Jahren hat der Bundestag am Freitag über Atomenergie und die damit verbundenen Risiken debattiert und einen entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen (Drs. 18/8239) beschlossen.

Noch heute leiden Hunderttausende unter den Folgen der Reaktorkatastrophe. Weite Landschaften in der Ukraine, Weißrussland und Teilen Russlands sind bis heute belastet. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD): „Tschernobyl gab denjenigen Recht, die lange vorher vor der Atomkraft gewarnt hatten“. Hendricks dankte der Anti-Atomkraftbewegung ausdrücklich. Dass es bis Fukushima dauerte, bis alle Bundestagsfraktionen vom Atomausstieg überzeugt waren, sei bekannt. Doch trotz des deutschen Atomausstiegs blieben die Risiken. Radioaktivität mache an den Grenzen nicht halt, stellte Hendricks dar. Besondere Sorgen bereiteten die Atomkraftwerke in Belgien. „Ich erwarte, dass die Nachbarländer die Sorgen der Menschen in den Grenzgebieten ernstnehmen und für ein höchstes Sicherheitsniveau sorgen“, unterstrich die Ministerin.

Die Bundestagsdebatte über die Reaktorkatastrophen in Tschernobyl und Fukushima werde in den Ländern als Zeichen der deutschen Solidarität verstanden, betonte der SPD-Bundestagsabgeordnete



Oliver Kaczmarek. Mehr als 200 Veranstaltungen in Europa und das ehrenamtliche Engagement zeigten: „Europa hat Tschernobyl nicht vergessen.“ Angesichts der politischen Schwierigkeiten in der Region mache die Zivilgesellschaft deutlich, dass sie für ein Europa sei, in dem man für einander einstehe.

„Die weiter bestehenden Probleme in Fukushima zeigen, dass die Risiken der Atomenergie nicht in den Griff zu bekommen sind“, sagte Marco Bülow, Umweltpolitiker der SPD-Fraktion. Erst ein europa- und weltweiter Ausstieg aus der Atomenergie bringe Sicherheit, das sollten die Jahrestage lehren. In Europa dürfe die Atomenergie nicht weiter ausgebaut werden: „Wir brauchen den Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien“.

Für mehr Sicherheit in Atomanlagen weltweit

Der Antrag der Koalitionsfraktionen würdigt sowohl die humanitäre Hilfe der Ehrenamtlichen für die Betroffenen als auch das deutsche Engagement bei der Sicherung des eingestürzten Reaktorgebäudes in Tschernobyl. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, den Atomausstieg gemäß Atomgesetz umzusetzen. Sie soll sich in bilateralen Kommissionen mit sicherheitstechnischen Fragestellungen grenznaher Atomkraftwerke (AKW) in anderen Ländern auseinandersetzen und die Verhandlungen mit Belgien über ein Abkommen zur Nuklearen Sicherheit zügig zum Abschluss bringen.

Auf europäischer Ebene soll die Bundesregierung darauf drängen, dass bei Laufzeitverlängerungen für AKW angrenzender Länder eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung Pflicht wird. Zudem soll sie sich für europaweit einheitliche Haftungsregelungen in aus deutscher Sicht angemessener Höhe und die schnelle Umsetzung der auf Basis des EURATOM-Vertrages ergangenen Richtlinien einsetzen. Ein optimaler Katastrophenschutz bei einem nuklearen Unfall soll grenzüberschreitend gewährleistet werden. Ebenso sind Sicherheitsmaßnahmen auf höchstem Niveau gegen terroristische Angriffe auf Atomanlagen vorzusehen. Auf internationaler Ebene soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die laufenden Atomkraftwerke weltweit höchsten Sicherheitsstandards genügen. Damit andere Länder Alternativen zur Atomenergie entwickeln können, soll die Bundesregierung mit ihnen Kooperationen eingehen, um dort unter anderem die erneuerbaren Energien zu fördern. Darüber hinaus fordern die Abgeordneten, den Jugendaustausch mit der Ukraine und Weißrussland zu fördern und zu intensivieren.

Das Wichtigste zusammengefasst: Vor dem Hintergrund der Reaktorkatastrophen von Tschernobyl vor 30 Jahren und Fukushima vor fünf Jahren fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, sich für mehr Sicherheit für die Atomkraftwerke in angrenzenden Ländern einzusetzen und die Betroffenen der Reaktorunfälle weiterhin zu unterstützen.

ENERGIE

Rechtssichere Konzessionsvergabe von Energienetzen

Spätestens nach 20 Jahren müssen Kommunen die Konzessionsverträge für den Betrieb von Energieleitungen (Strom und Gas) und die damit verbundene Nutzung öffentlicher Verkehrswege ausschreiben. In der Vergangenheit ist es bei Neuvergaben häufiger zu Rechtsstreitigkeiten gekommen. Deshalb ist im Koalitionsvertrag vereinbart worden, hierfür mehr Rechtssicherheit zu schaffen. Dazu hat der Bundestag am Freitag in 1. Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung der Vorschriften zur Vergabe von Wegenutzungsrechten zur leitungsgebundenen Energieversorgung (Drs. 18/8184) beraten.

Diese Nutzungsrechte zum Betrieb der Verteilnetze sollen in einem transparenten und fairen wettbewerblichen Verfahren zwischen kommunalen und privaten Netzbetreibern wechseln können. Dazu sollen die Belange der ausschreibenden Kommune künftig auch ein Auswahlkriterium sein, sofern die energiewirtschaftlichen Belange gewahrt bleiben. Die Kommune erhält einen Auskunftsanspruch gegenüber dem Netzbetreiber im Hinblick auf Daten zum Zustand des Netzes. Der Kaufpreis des Netzes ist künftig durch ein objektiviertes Ertragswertverfahren anhand eindeutiger Kriterien zu ermitteln, um die Anzahl gerichtlicher Auseinandersetzungen zu reduzieren. Eine einvernehmliche Einigung auf einen anderweitig ermittelten Kaufpreis bleibt möglich.



Kritik an der Ausschreibung oder am Vergabeverfahren durch Unternehmen muss künftig frühzeitig im Laufe des Verfahrens geäußert werden, damit Rechtsfehler im laufenden Verfahren ausgeräumt werden können. Ist ein Rechtsfehler nach Ermahnung der Kommune nicht korrigiert worden, muss er innerhalb von 15 Tagen vor ordentlichen Gerichten geltend gemacht werden. Bei Verzögerung der Neuvergabe ist der Konzessionsinhaber verpflichtet, nach Ablauf des Vertrages die Konzessionsabgabe weiter zu zahlen, um Einnahmeverluste der Gemeinde zu vermeiden.

KOALITION

8

Fraktionsspitzen fassen wichtige Beschlüsse

Auf ihrer Klausur in Rust vergangene Woche haben die Fraktionsvorstände von SPD und CDU/CSU zwei Tage lang über Europa- und Flüchtlingspolitik sowie Elektromobilität und innere Sicherheit beraten. Am Ende wurden fünf Beschlusspapiere verabschiedet.

Am ersten Tag tauschten sich die Vorstandsmitglieder der Koalitionsfraktionen zunächst mit dem niederländischen Ministerpräsidenten und amtierenden EU-Ratsvorsitzenden Mark Rutte über Herausforderungen in Europa, die Zukunft der Europäischen Union und Fragen der Flüchtlingspolitik aus.

Am zweiten Tag standen Fragen der öffentlichen Sicherheit im Zentrum der Beratungen. Weiteres Thema war die Mobilität der Zukunft. Hierzu diskutierten die Abgeordneten mit Harald Krüger, dem Vorstandsvorsitzenden von BMW.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann lobte zum Abschluss der Klausurtagung die „konstruktiven Diskussionen“ und das „hervorragende Arbeitsklima“. Das sei auch wichtig, betonte Oppermann, denn die Koalitionsfraktionen hätten noch anderthalb Jahre Regierungszeit vor sich, in der sie „handfeste Probleme lösen“ müssten. „Leitlinien“ der Koalitionsarbeit seien, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu sichern und der Bevölkerung noch mehr soziale und öffentliche Sicherheit zu bieten, so Oppermann. Er bezog sich dabei auch auf die verbesserten Maßnahmen zur Einbruchsprävention - die Mittel dazu sollen auf 50 Millionen Euro ansteigen. Der Schutz der Bürger vor Kriminalität sei ebenso wichtig wie die soziale Sicherheit, etwa durch die von der SPD-Fraktion geforderte Solidarrente.

Oppermann äußerte sich auch zum Beschluss zur Automobilität: "Dort gibt es gewaltige Umbrüche, wie die Digitalisierung, das selbstständige Fahren und die Elektromobilität." Die Politik müsse dabei helfen, dass die deutsche Automobilindustrie diese Umbrüche so gut bewältigen kann, dass auch danach noch Autos aus Deutschland ein bevorzugtes Produkt in der ganzen Welt sind. Oppermann: "Wir brauchen eine Infrastruktur für Elektroautos in Deutschland. Ohne die kann es keinen Durchbruch auf dem Markt geben."

Folgende Beschlüsse wurden gefasst:

Ursachen von Flucht bekämpfen

Weltweit sind mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Krieg, persönliche Verfolgung oder Hunger sind nur einige Gründe dafür, dass Menschen ihre Heimatländer verlassen. Für viele sind Europa und Deutschland Ziel der Flucht. Politisches Ziel ist es für die Koalitionsfraktionen laut Beschluss, die Zahl der nach Deutschland kommenden flüchtenden Menschen deutlich zu senken. Entwicklungspolitik, Humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention sind dabei die wesentlichen strategischen Ausrichtungspunkte. In der Entwicklungspolitik bedeutet das dem Beschlusspapier zufolge unter anderem, dass sich die Fraktionen verstärkt für die Umsetzung der von den Vereinten Nationen beschlossenen 2030-Agenda einsetzen. Engt verzahnt mit der Entwicklungspolitik ist die Humanitäre Hilfe. Länder sollen unverzüglich Hilfe erhalten, sobald Krisen entstehen. Zudem dürfe sich humanitäre Hilfe nicht nur auf kurzfristige Nothilfe beschränken, sondern muss vorausschauend agieren, vor allem in Hinblick auf durch Krisen hervorgerufene Fluchtbewegungen. Als dritte strategische Ausrichtung bei der Fluchtsachenbekämpfung berücksichtigt der Beschluss die zivile Krisenprävention. Als zentrales Element der



deutschen Außen- und Sicherheitspolitik soll diese weiter aufgewertet, finanziell gestärkt, konzeptionell weiterentwickelt und weiter ausgebaut werden.

Handlungsfähigkeit und Zusammenhalt in der EU sichern

Europa steht vor gewaltigen Herausforderungen, nicht nur, was die Migration betrifft, sondern auch den inneren Zusammenhalt, die Abwehr von Terroranschlägen und die Staatsschuldenkrise. Die Fraktionsvorstände von CDU/CSU und SPD sind sich einig: Damit Europa seine gemeinsamen Werte und Frieden, Freiheit, Stabilität und Wohlstand bewahren kann, müssen die EU-Staaten mit einer Stimme sprechen und gemeinsam die Fragen lösen, die die Menschen in Europa bewegt.

In ihrem Beschlusspapier sprechen sich die Koalitionsfraktionen u. a. für eine Überarbeitung des europäischen Asylsystems – insbesondere die so genannte Dublin-III-Verordnung – aus sowie für die Weiterentwicklung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und mehr Abstimmungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zudem plädieren die Koalitionäre für einen Verbleib des Vereinten Königreichs in der EU und formulieren eine gemeinsame Haltung zur Bedeutung der Türkei als strategisch wichtigen Partner für Europa.

Automobilität der Zukunft

Damit die Automobilindustrie im internationalen Wettbewerb auch in Zukunft bestehen kann, muss sie sich Herausforderungen wie der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, der Digitalisierung und Vernetzung von Autos und dem autonomen Fahrzeug stellen. Für die notwendigen Innovationen gilt es, gesetzliche und politische Rahmenbedingungen zu schaffen, und auch die Wirtschaft selbst ist gefordert.

Damit die Elektromobilität in Fahrt kommt, will die Koalition laut Beschluss beispielsweise ein Infrastrukturprogramm für öffentlich zugängliche Schnellladestation auflegen, die Befreiung von der Kfz-Steuer beim Kauf eines Elektroautos von fünf auf zehn Jahre ausdehnen, die steuerliche Freistellung des geldwerten Vorteils bei Beschäftigten beim Aufladen im Betrieb schaffen, die Forschung und Entwicklung von Zell- und Batterietechnologie fördern und bei der öffentlichen Beschaffung den Anteil von E-Autos steigern. Die Wirtschaft soll sich signifikant am Aufbau der Ladeinfrastruktur und der Batterieentwicklung beteiligen sowie verstärkt für Elektromobilität werben.

Um die digitale Vernetzung des Autos und das autonome Fahren voranzubringen, wollen die Fraktion von SPD und CDU/CSU in zwei Städten digitale Testfelder zur Erprobung von automatisierten Fahrzeugen schaffen, für die Nutzer von automatisierten Fahrzeugen Rechtssicherheit durch Regelungen für die Haftung der Hersteller und Dienstleister erzeugen, die digitalen Daten durch Verschlüsselung vor Hacker-Angriffen schützen sowie Datenschutz bei Erhebung und Verwertung von Daten gewährleisten.

Sören Bartol, SPD-Fraktionsvize, sagt dazu: "Deutschland darf als Automobilland nicht den Anschluss verlieren. Das Auto der Zukunft, das elektrisch angetrieben wird und hoch automatisiert mit seinem Umfeld vernetzt ist, muss aus Deutschland kommen."

Mit einem starken Rechtsstaat für Freiheit und Sicherheit

Durch einen starken Rechtsstaat will die Koalition die Freiheit und Sicherheit der Bürger umfassend schützen. SPD- und Unionsfraktion wollen die innere Sicherheit zu einem Investitionsschwerpunkt machen und streben eine deutliche personelle Stärkung der Sicherheitsbehörden bis 2019 an. Polizei und Einsatzkräfte sollen weiterhin nachhaltig durch bessere Ausbildung, häufigere Trainings und Coachings, verbesserten behördeninternen Opferschutz und bessere Ausrüstung unterstützt werden. Dafür sollen Mittel im Haushalt 2017 zur Verfügung gestellt werden.

Zudem wollen die Fraktionen es ermöglichen, dass innereuropäische Finanztransfers zur Terrorismusbekämpfung überwacht werden können und die europäische Polizeibehörde Europol weiter ausgebaut wird. Ziel ist ein gemeinsames europäisches Terrorabwehrzentrum. Islamistischen und anderen extremistischen Spendensammelvereinen soll die Grundlage entzogen werden. Es bedarf laut Beschluss einer schnelleren Aberkennung der Gemeinnützigkeit, um die Finanzierungsmöglichkeit über Spenden zu stoppen.

Hassverbrechen sollen mit Hilfe eines gestärkten BKA und einer stärkeren Bundespolizei konsequenter aufgeklärt werden. Organisierte Kriminalität, etwa Steuerbetrug mittels Briefkastenfirmen, soll härter bekämpft werden. Zur Bekämpfung von Alltagskriminalität und Terror sei der vermehrte Einsatz von



Videotechnik wie etwa auf Bahnhöfen, im öffentlichen Personennahverkehr und auf öffentlichen Plätzen erforderlich, schreiben die Koalitionäre. Und um einen besseren Schutz vor sexueller Gewalt zu gewährleisten, wollen die Koalitionsfraktionen das Sexualstrafrecht reformieren.

Mehr Sicherheit durch besseren Einbruchschutz

Mit drei Maßnahmen reagiert die Koalition laut Beschluss auf die steigenden Einbruchszahlen. Sie möchte vor allem die Prävention deutlich stärken. Unter anderem soll das bereits im November 2015 eingerichtete Programm „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ mit weiteren Haushaltsmitteln auf 50 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt werden. Hausbesitzer sollen, erklärte Thomas Oppermann, mithilfe des KfW-Programms auch kleinere Investitionen zum Einbruchschutz tätigen können. Auch SPD-Fraktionsvizein Eva Högl lobte den Beschluss der Koalitionsfraktionen: "Das KfW-Programm wird von den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut angenommen. Das zeigt, dass wir dem Bedürfnis nach Sicherheit nachkommen und kriminalpolitisch an der richtigen Stelle ansetzen. Denn rund 40 Prozent der Wohnungseinbrüche bleiben im Versuchsstadium stecken."

Des Weiteren will die Koalition die Zahl der Polizisten weiter erhöhen. Insgesamt erhalten die Sicherheitsbehörden rund 4000 Stellen zusätzlich. In diesem Zusammenhang soll auch die Schlagkraft der Polizei bei Einbrüchen verbessert werden. Dazu soll es durch die Analyse bisheriger Tatmuster möglich sein, zielgenauere Streifen einzusetzen.

Das Wichtigste zusammengefasst: Die Spitzen der Koalitionsfraktionen haben sich auf einer Klausur in Rust auf wichtige weitere politische Vorhaben verständigt: öffentliche Sicherheit stärken, Europa zusammenhalten, Fluchtursachen bekämpfen und Elektromobilität fördern. Dazu wurden Beschlüsse gefasst.